

Typische Einwände gegen eine Geldreform

Autor: Helmut Creutz



Inhaltsverzeichnis:

01. **Hintergrund - Einleitung**
02. **Zinssenkungen führen zu mehr Nachfrage und damit zu einem Wachstumsschub.**
03. **Die Arbeit Leistenden werden ihren Kaufkraftzuwachs durch sinkende Zinsen voll ausschöpfen.**
04. **Die Wünsche der Menschen sind unbegrenzt.**
05. **Mit einer Umlaufsicherung läuft das Geld noch schneller um.**
06. **Niedrigere Zinsen führen zu noch mehr Verschuldung.**
07. **Bei niedrigen Zinsen flüchtet das Geld ins Ausland.**
08. **Heute hortet doch niemand mehr Geld, und wenn, so ist das kein Problem mehr.**
09. **Bargeld, das durch die Umlaufsicherung am höchsten belastet wird, spielt doch heute kaum noch eine Rolle.**
10. **Bei einer Umlaufsicherung auf Bargeld und Girokonten hortet man Goldbarren oder andere Wertgegenstände.**
11. **Wenn die Zinsen sinken, übernimmt der Gewinn die Rolle des Wachstumsantreibers.**
12. **Wachstumsstillstand bedeutet Rückschritt.**
13. **Mit einer Zinssenkung sind die Umweltprobleme nicht zu lösen.**
14. **Zusammenfassung**
15. **Anmerkungen**

01. Hintergrund:

Über die Zunahme der Weltbevölkerung hinaus wird die heutige Krisensituation in der Welt von drei Überentwicklungen gekennzeichnet:

1. Zunehmende Belastung und Plünderung der Umwelt, vor allem als Folge einer ständigen Steigerung von Produktion und Verbrauch.
2. Zunehmende Überschuldung der Volkswirtschaften, besonders erkennbar in den Ländern der Dritten Welt und den Schulden des Staates in den Industrienationen.
3. Zunehmende Diskrepanzen zwischen Arm und Reich, sowohl zwischen verschiedenen Ländern als auch innerhalb von Nationen.

Geht man diesen drei Erscheinungen intensiver nach, stößt man auf Ursachen, die mit der herrschenden Geldordnung zusammenhängen. Die überproportionale Akkumulation und Konzentration der Geldvermögen führt zu einer übermäßigen Zunahme der Schulden, die damit verbundenen Zinslasten zu einer zunehmenden Einkommensumschichtung. Die Zinslasten schlagen sich bei den Geldvermögen als Erträge nieder und bewirken ein erneutes Wachstum derselben. Gleichzeitig wächst auf der anderen Seite der Verschuldungszwang.

Wir haben es also hier mit einer sich selbst beschleunigenden Problemspirale zu tun, mit einem unnatürlichen Regelkreis, den wir in der Natur nur bei krankhaften Wachstums- bzw. Wucherungsprozessen kennen.

Die zinsbedingte Umverteilung der Einkommen von der Arbeit zum Besitz führt zwangsläufig zu einer Verarmung der Arbeit Leistenden. Diese Verarmung kann nur durch ständiges Wirtschaftswachstum vermieden beziehungsweise ausgeglichen werden. Das heißt, das Bruttoinlandsprodukt (BIP) muss in jedem Jahr mindestens um den Betrag ausgeweitet werden, den das Geldvermögen mehr beansprucht. Soll sich die Schere zwischen Arbeits- und Zinseinkommen nicht noch weiter öffnen, muss das Wirtschaftswachstum sogar prozentual dem Wachstum der Geldvermögen entsprechen.

Unsere Volkswirtschaften sehen sich also einem dreifachen Dilemma gegenüber: Führen sie die eskalierenden Ansammlungen der Geldvermögen nicht wieder über Kredite in den Nachfragekreislauf zurück, droht ihnen ein Einbruch der Nachfrage und damit eine deflationäre Rezession. Setzen sie dagegen den Zuwachs der Geldvermögen für weitere Kredite ein, nimmt die Überschuldung und damit die Diskrepanz zwischen Arm und Reich weiter zu. Und drittens: Versuchen sie, den wirtschaftlichen und sozialen Folgen durch weiteres Wirtschaftswachstum auszuweichen, beschleunigen sie den ökologischen Kollaps.

Bei all diesen Vorgängen spielt die Höhe der Zinsen eine ausschlaggebende Rolle. Sinkende beziehungsweise niedrige Zinsen lassen die Probleme kleiner werden, doch sind sinkende Zinsen, so wünschenswert sie wären, unter den heutigen Rahmenbedingungen des Wirtschaftens mit einem erheblichen Manko verbunden: Mit ihrer Höhe lässt der Effekt der Umlaufsicherung nach, den die Inflation als „Peitsche“ und der Zins als „Zuckerbrot“ normalerweise bewirken. Das heißt, bei niedrigeren Zins- und Inflationssätzen geht die Bereitschaft zurück, übriges Geld an Dritte auszuleihen, womit die Gefahr deflationärer Kreislaufstörungen wächst. Zwar können die Notenbanken diese Geldzurückhaltungen heute durch zusätzliche Geldausgabe ausgleichen. Damit aber bauen sich Inflationspotentiale auf, die „morgen“ - beim Wiederanspringen der Konjunktur - die Preise und vor allem die Zinsen erneut in zu große Höhen treiben.

Ursache der Problematik ist der Tatbestand, dass sich der Zins als Knappheitspreis des Geldes den normalen Marktmechanismen entziehen kann. Während an einem freien Gütermarkt die Knappheitsgewinne mit der Sättigung des Angebots gegen null tendieren, kommt es beim Geld ab einer bestimmten Zinsuntergrenze zu einer künstlichen Verknappung (1). Das heißt, das Geld entzieht sich dem Angebotszwang, dem die Arbeit und alle Güter unterliegen. Damit wird, auch bei Geldüberfluss, ein marktgerechtes Absinken der Zinsen auf den Nullpunkt verhindert.

Aus dieser kurzen Lagebeschreibung ergeben sich folgende Forderungen:

Die Forderungen:

1. Das Geld muss genau wie Güter und Arbeit unter Angebotszwang stehen, damit es ein Äquivalent derselben und ein neutrales Tauschmittel ist.
2. Die heutigen destruktiven Umlaufsicherungsmittel Zins und Inflation müssen durch eine konstruktive, zinsunabhängige Alternative von dieser Aufgabe befreit werden.
3. Dazu muss der heute bereits bestehende Annahmewang für Geld durch einen Weitergabewang ergänzt werden, das heutige Verbot der Geldvermehrung (durch Geldfälschung) durch ein Verbot der Geldverminderung (durch Geldzurückhaltung).

Leider geht die Wirtschaftswissenschaft diesen Forderungen und ihrer Überprüfung bislang aus dem Weg, ja die Notwendigkeit und Bedeutung dieser Korrektur der Geldordnung wird kaum gesehen und noch weniger überprüft. Nur wenige Wirtschaftswissenschaftler, die durchweg der Umweltschutzbewegung nahe stehen, haben das Problemfeld Geld erkannt (2). Gerade aus diesen Kreisen wird jedoch häufig die Befürchtung geäußert, dass ein marktgerechtes Absinken der Zinsen das Wirtschaftswachstum beschleunigen könnte. Nachstehend wird deshalb versucht, die Stichhaltigkeit solcher Befürchtungen zu diskutieren und Missverständnisse möglichst auszuräumen.

02. „Zinssenkungen führen zu mehr Nachfrage und damit zu einem Wachstumsschub“

Die Nachfrage in einer Volkswirtschaft kann nicht größer sein als die Einkommen, diese nicht höher als die Leistung. Einkommen, Leistung und Nachfragemöglichkeit entsprechen einander. Eine Senkung der Zinsen kann also nicht zu mehr Nachfrage führen, sondern nur zu einer Nachfrageverlagerung: Der bisherige Zinszahler kann mehr kaufen, der bisherige Zinsbezieher weniger.

Wenn zum Beispiel in einer Miete von 600 Euro ein Verzinsungsanteil für das Kapital in der Höhe von 400 Euro enthalten ist (3), dann würde bei einer Halbierung der Zinssätze dieser Zinsanteil von 400 auf 200 Euro zurückgehen und bei einem Zinssatz um null ganz entfallen. Dem Mieter stände dann in dieser Höhe mehr Kaufkraft für andere Ausgaben zur Verfügung, dem Vermieter (bzw. dem Zinsempfänger, der ja mit dem Vermieter nicht identisch sein muß) im gleichen Umfang weniger. Die erweiterte Nachfragemöglichkeit des Mieters wird also durch eine verringerte des Vermieters/Zinsempfängers kompensiert. Eine Steigerung der Gesamtnachfrage ergibt sich nicht, wohl aber ein Rückgang des Verschuldungs- und damit wiederum des Wachstumszwangs.

03. „Die Arbeit Leistenden werden ihren Kaufkraftzuwachs durch sinkende Zinsen voll ausschöpfen“

Dass eine volle Ausschöpfung des Kaufkraftzuwachses keine Vergrößerung der Gesamtnachfrage bewirkt, wurde bereits dargelegt. Die offene Frage ist, ob die Arbeit Leistenden die zu ihnen zurückfließende (richtiger: in ihren Händen verbleibende) Kaufkraft voll für eine zusätzliche Konsumgüternachfrage nutzen werden.

Angesichts der Sättigungsentwicklungen in weiten Versorgungsbereichen kann man davon ausgehen, dass nicht alle ihre zusätzlichen Mittel zur Bedarfsbefriedigung einsetzen werden. Vielmehr ist zu vermuten, dass zumindest ein Teil der Beschäftigten ihren Kaufkraftzugewinn ganz oder teilweise in verkürzte Arbeitszeiten umsetzt. Fließt das Mehr an Kaufkraft jedoch in vollem Umfang in den Konsum, käme es schneller zu einer Füllung der bislang ungesättigten Restbereiche. Dann aber würde der abnehmende Grenznutzen weiteren Konsums - wie heute bereits bei vielen Gütern zu beobachten - zu einer rückläufigen Nachfrage und zu einer Höherschätzung von Freizeit und/oder kulturellen Tätigkeiten führen.

Die Wahrscheinlichkeit und die Erfahrung sprechen also dafür, dass sinkende Zinsen - zumindest auf Dauer - zu einer Stabilisierung der Wirtschaftsleistung auf einer optimalen Höhe, wenn nicht sogar zu einer langsamen Abnahme führen.

04. „Die Wünsche der Menschen sind unbegrenzt“

Diese These gilt sicherlich für jene Menschen, die sich ihre Wünsche ohne eigene Arbeitsleistung erfüllen können, also vor allem für diejenigen, die heute *von allein* immer reicher werden. Diejenigen aber, die für die Erfüllung ihrer Wünsche selbst Arbeit leisten müssen, stoßen rasch an ihre Grenzen. Diese hängen nicht nur mit dem nachlassenden Reiz zusätzlicher materieller Güter zusammen, sondern auch mit der begrenzten Leistungsfähigkeit jedes Menschen. Außerdem wird jeder ab einem bestimmten Punkt feststellen, dass noch mehr Besitz keineswegs freier, sondern unfreier macht. Es sei denn, man verfügt über genügend Mittel, sich die notwendigen Hilfskräfte zur Pflege und Überwachung seines Eigentums leisten zu können.

Die heute oft überzogenen Wunschvorstellungen und -Standards werden also einmal durch das fragwürdige Vorbild jener millionen- und milliardenschweren Minderheiten gesetzt, die überwiegend von ihrer Kapitalrendite leben (4). Mit einer Zinssenkung und der damit verbundenen Reduzierung dieser Einkommen würden also auch solche *Vorbilder* langsam schwinden.

Ein anderer Grund für überzogene Wunschvorstellungen ist heute die Werbung, die allenthalben Illusionen weckt. Ursache dieser immer aggressiveren und immer mehr Material verschlingenden Kampagnen ist einmal der Kampf um ständig größere Marktanteile, zu dem vor allem diejenigen Unternehmen gezwungen sind, deren Schulden rascher steigen als die allgemeine Wachstumsquote der Wirtschaft, und das ist bei den meisten Firmen der Fall (5). Darüber hinaus verlocken auch die Geldinstitute mit vermeintlich immer günstigeren Kreditangeboten zum Konsumieren, weil es sich für die Banken als zunehmend schwieriger erweist, die sich durch den Zins- und Zinseszinsseffekt vermehrenden Geldeinlagen - auch bei sinkenden Zinssätzen - risikoarm abzusetzen.

05. „Mit einer Umlaufsicherung läuft das Geld noch schneller um“

So wie das Tempo des Blutkreislaufs von der Leistung des Herzens bestimmt wird, so wird die Geschwindigkeit des Geldkreislaufs von der Leistung der Wirtschaft bestimmt. Geld aber kann nie schneller umlaufen, das heißt ausgegeben werden, als man es durch Leistung selbst erwirbt oder sich von anderen „erwerben lässt“. Und wer sein Einkommen am Monatsanfang „schneller“ ausgibt, muss am Monatsende pausieren. Man kann eben sein Einkommen immer nur einmal ausgeben! Wohl aber kann jeder das Ausgeben kurz- oder längerfristig unterlassen und damit den Kreislauf des Geldes unterbrechen, was - ähnlich wie bei der Blutzirkulation - zu *Durchblutungsstörungen* führt, das heißt zu Nachfrageausfällen beziehungsweise zu Geldmangel in der Wirtschaft mit deflationären Folgen.

Heute können zwar die Notenbanken die Deflationsgefahren zurückgehaltener Kaufkraft durch zusätzliche Neugeldausgabe neutralisieren. Sie schaffen jedoch mit diesem zusätzlichen Geld ein Inflationspotenzial, das entsprechend wirksam wird, wenn das zurückgehaltene Geld nachfragend in den Kreislauf zurückkehrt (6). Dieses - dem Kreislauf zeitweise entzogene Geld - würde durch eine zinsunabhängige Umlaufsicherung reaktiviert und anschließend abgeschöpft, nicht aber jenes, das - mengenmäßig auf die Leistung abgestimmt - in der Wirtschaft kursiert.

06. „Niedrigere Zinsen führen zu noch mehr Verschuldung“

Sinkende Zinsen beleben zweifellos das Kreditgeschäft, weil damit Investitionen möglich werden, die bislang an der Zinsschwelle scheiterten. Das gilt besonders für manche ökologisch wünschenswerten Vorhaben, beispielsweise Solar- und Windkraftanlagen.

Doch braucht man trotzdem keinen Verschuldungsboom befürchten; Kreditaufnahmen können immer nur in dem Umfang ausgeweitet werden, wie auf der anderen Seite die Einkommensersparnisse zugenommen haben. Da aber mit sinkenden Zinsen die Ersparniszunahme zurückgeht, verringert sich auch das Kreditangebot. Damit entstehen jedoch keine Engpässe oder Finanzierungsprobleme, da im Umfang der rückläufigen Zinseinkommen die Arbeitseinkommen zunehmen. Das heißt, die Unternehmen können - wenn sie investieren wollen - verstärkt auf eigene Einkommen zurückgreifen oder auch auf die Ersparnisse der Beschäftigten, falls diese ihre Arbeitszeiten nicht reduzieren. Tun sie das jedoch, sind auch weniger Investitionen erforderlich.

Auch aus einem anderen Grund kann es bei niedrigeren Zinsen zu keiner Kreditschwemme kommen. Denn genau wie heute muss man weiterhin für alle Darlehen Sicherheiten bieten, womit sich der Kreis der Kreditwürdigen wie bisher eingrenzt. Auch „kostenlose Kredite“ wird es niemals geben, da zumindest die Bankvermittlungs- und Risikokosten getragen werden müssen, die heute - je nach Kreditart und Laufzeit - zwischen 1-5% der Kreditsumme liegen.

Im übrigen würde der Zins nach Einführung einer Geldumlaufsicherung nicht schlagartig, sondern nur nach und nach zurückgehen und sich schließlich, bei ausgeglichenen Kapitalmarkttagen, um null einpendeln. Aber auch bei einem Nullzins wird nur dann jemand investieren und produzieren, wenn an den Gütermärkten die Nachfrage das Angebot übersteigt und auch Aussicht besteht, die aufgenommenen Darlehen zurückzahlen zu können. Das haben in den letzten Jahren vor allem die Menschen in Japan erlebt.

07. „Bei niedrigen Zinsen flüchtet das Geld ins Ausland“

Auch hier muss zuerst eine Fehlvorstellung revidiert werden: Geld „flüchtet“ oder „fließt“ nie ins Ausland - es sei denn, jemand trägt es kofferweise über die Grenze und schließt es dort in einen Tresor ein. Dann aber liegt nichts anderes vor als eine normale Hortung. Das Horten von Geld aber wäre nach Einführung einer vom Zins unabhängigen Umlaufsicherung hier wie dort mit Kosten und Verlusten verbunden. *Mit seinem Geld ins Ausland flüchten* kann man ansonsten nur durch einen Währungstausch. Das heißt, wenn jemand wegen niedriger Inlandszinsen zum Beispiel sein Geld im Dollarraum anlegen will, braucht er einen Tauschpartner, der genau das Gegenteil tun möchte. Das gilt nicht nur für einen Bargeldtausch, sondern ebenso für einen Tausch von eigenen Guthaben gegen Dollarguthaben, auch wenn diese Vorgänge durch die Bankabwicklungen unübersichtlich werden. Doch ganz gleich, welchen Tausch wir annehmen: Der Dollarbesitzer wird nur dann in die umlaufgesicherte und geringer verzinste Währung wechseln, wenn er die erworbene Kaufkraft für Reisen, Käufe oder Investitionen einsetzen will. Damit aber sind diese Geld- oder Guthabenbestände wieder dort, wo sie hingehören (7).

Kommt es zu einer übermäßigen Nachfrage nach Dollar oder einer anderen höher verzinsten Währung, erhöhen sich außerdem die Wechselkurse, was die *Geldflucht* selbststeuernd abbremst. Das heißt, genauso wie auch heute die unterschiedlichen Zinshöhen und -Schwankungen durch die Veränderung der Wechselkurse ausgeglichen werden, ist das auch bei sinkenden Zinsen als Folge einer zinsunabhängigen Umlaufsicherung der Fall.

Im Zusammenhang mit dieser Frage muss man weiterhin zwischen Spekulanten und Investoren unterscheiden: Der Spekulant versucht an Währungen mit hohen Zinsen zu gelangen, hoffend, rechtzeitig den Absprung zu schaffen, wenn ein Umkippen des Wechselkurses seine Spekulationsgewinne gefährdet. Der Investor dagegen, also jemand, der ein Unternehmen gründen oder ausbauen will, zieht Länder mit möglichst niedrigen Zinsen vor, weil er dort ähnlich günstige Produktionsbedingungen findet wie in Ländern mit niedrigeren Löhnen oder Steuern. Nur die Investoren jedoch erweisen sich in einer Wirtschaft als positiver Faktor. Die Spekulanten dagegen belasten und verunsichern eher jede Volkswirtschaft und den grenzüberschreitenden Handel. Ihr Anwachsen ist immer ein Beweis für eine Überentwicklung der Geldvermögen, die im Bereich der Investitionen nicht mehr die erwartete Rendite finden.

08. „Heute hortet doch niemand mehr Geld, und wenn, so ist das kein Problem mehr“

Mit ziemlicher Regelmäßigkeit erscheinen in der Presse Berichte über Verstorbene, die unter Matratzen oder sonst wo erkleckliche Geldsummen versteckt hatten. Noch größere Summen werden immer wieder bei Einbrüchen aus Wohnungen gestohlen und Millionenbeträge beim Ausräumen privater Bankschließfächer erbeutet. Außerdem ist bekannt, dass in Inflationsländern häufig Geldbestände ausländischer Währungen in Milliardenhöhe gehortet werden, um Ersparnisverlusten zu entgehen (8). Weitere Milliardenbeträge sind oft jahrelang in ausländischen Notenbanken als Reserven stillgelegt. Auch wenn es darüber keine genauen Zahlen gibt: Die Höhe der dem Wirtschaftskreislauf entzogenen Geldsumme ist beträchtlich.

Problematischer als diese großen, jedoch relativ konstanten Bestände in Inflationsländern sowie in Steuerhinterziehungs- und kriminellen Kassen sind die kurzfristig schwankenden Hortungsbestände im Inland. Die Schwankungen dieser Geldhaltungen werden vor allem vom Auf und Ab der Zins- und Inflationssätze ausgelöst. Sinken die Sätze und lässt damit ihre umlaufsichernde Wirkung nach, nimmt die liquide Geld(zurück)haltung zu. Bei steigenden Zins- und Inflationssätzen verhält es sich umgekehrt. Das heißt, bei sinkenden Zinsen sind die Notenbanken zu überhöhten Geldausgaben gezwungen (9). Damit aber kommen Inflationspotenziale ins Spiel, die bei steigenden Zinsen virulent werden, erst einen Nachfrageboom und dann einen Inflationsanstieg auslösen. Mit anderen Worten: Es wird nicht nur immer noch in einem erheblichen Umfang Geld gehortet, sondern diese Hortungen führen aufgrund ihrer schwankenden Bestände auch zu erheblichen Problemen bei der Geldmengensteuerung. Und diese wiederum übt einen entscheidenden Einfluss auf den Konjunkturverlauf aus (10).

09. „Bargeld, das durch die Umlaufsicherung am höchsten belastet wird, spielt doch heute kaum noch eine Rolle“

Diese Einschätzung ist darauf zurückzuführen, dass in fast allen Ländern die Bestände auf Girokonten größer sind als die Bargeldmenge. Außerdem werden diese Sichtguthaben deutlich häufiger umgeschlagen als das Bargeld. Was jedoch die Bedeutung des Bargelds anbetrifft, so hat die Bundesbank in den 80er Jahren ermittelt, dass 87 Prozent aller Zahlungen in der Endnachfrage immer noch in bar abgewickelt werden (11), und nach einer Untersuchung aus dem Jahr 1997 noch 77 Prozent (12). Die restlichen Zahlungen verteilten sich mit 8 Prozent hauptsächlich auf ec-Karten und mit je 3,5 Prozent auf Scheck und Kreditkarten. Dass die Gesamtumsätze auf den Girokonten trotzdem vielmals höher sind, hängt einmal damit zusammen, dass über diese Konten fast alle Zahlungs- und Verrechnungsvorgänge im Vorfeld der Endnachfrage abgewickelt werden, von der Rohstoffsuche über die verschiedenen

Produktionsstufen bis zum Groß- und Einzelhandel. Zum anderen laufen über die Girokonten die Finanzierungen fast aller Investitionen ab und vor allem sämtliche Bestands- und Anlagenumschichtungen an Banken und Börsen, deren Größenordnungen bekanntlich die der realwirtschaftlichen Vorgänge weit übersteigen. Alle diese unzähligen Zahlungsvorgänge aber finden nur so lange statt, wie am Ende der Kette jemand mit einem Geldschein in einen Laden geht und kauft. Das heißt, nur die Endnachfrage ist letztlich für die Konjunktur entscheidend und diese Endnachfrage wird immer noch weitgehend mit Bargeld getätigt.

Die von den Endverbrauchern über Girokonten vollzogenen Abwicklungen betreffen dagegen überwiegend feste, gleich bleibende Beträge, etwa für Miete, Versicherungen, Steuern und dergleichen, also relativ starre und konstante Größen. Damit konzentrieren sich die schwankenden, konjunkturbestimmenden Nachfragevorgänge noch stärker auf die Zahlungsvorgänge mit Bargeld.

10. „Bei einer Umlaufsicherung auf Bargeld und Girokonten hortet man Goldbarren oder andere Wertgegenstände“

Dieser Vorstellung war selbst Keynes erlegen. In Wirklichkeit hat aber eine *Flucht* in Gold oder andere Wertgegenstände gar keine Auswirkung auf die Geldmenge oder den Geldkreislauf. Hier findet jedes Mal nur ein Sekundärtausch von Ware gegen Geld statt und umgekehrt. Allenfalls kann durch eine verstärkte Nachfrage nach solchen Wertgegenständen deren Preis in die Höhe gehen. Außerdem kann man beobachten, dass selbst bei einer Inflation von zehn und mehr Prozent das Geld nicht als Tauschmittel vom Markt verdrängt wird. Weshalb sollte dann eine Umlaufsicherungsgebühr von sechs Prozent, mit der der Wert des Geldes und der Ersparnisse endlich garantiert werden kann, zu solch einem Fluchtverhalten führen? Vor allem, wenn man dieser Gebühr ja durch eine Einzahlung bei der Bank entgehen kann.

11. „Wenn die Zinsen sinken, übernimmt der Gewinn die Rolle des Wachstumsantreibers“

Bei der Beurteilung dieses Einwands müssen zuerst die Unterschiede zwischen Zins und Gewinn herausgearbeitet werden:

- Der Zins ist eine leistungslose Dauerprämie für die Überlassung von Geld, die sich auf alle wirtschaftlich genutzten Sachgüter überträgt, der Gewinn dagegen eine leistungsbezogene, schwankende Prämie für unternehmerisches Risiko und Tun, die zur Marktbedienung anregt.
- Der Zins ist ein Knappheitspreis, dessen Absinken durch Angebotszurückhaltung verhindert werden kann, der Gewinn dagegen ein Knappheitspreis, der durch den Wettbewerb und den Zwang zum Angebot auf ein Minimum herunterkonkurriert wird.
- Der Zins ist eine im Voraus festgesetzte, auf die Kapitalmasse bezogene Größe, die auf jeden Fall erwirtschaftet werden muss, der Gewinn dagegen eine kalkulatorische, auf den Umsatz bezogene Differenzgröße, die erst am Jahresende ermittelt werden und auch als Verlust zu Buche schlagen kann.
- Die Summe aller Zinsen nimmt proportional mit den Investitionen und vor allem der Verschuldung zu, die Summe aller Gewinne geht dagegen mit den Investitionen und Marktsättigungen immer mehr zurück.

Der entscheidende Unterschied zwischen Zins und Gewinn ist der unter dem zweiten Punkt genannte: Der Gewinn unterliegt den Marktgesetzen und tendiert mit zunehmenden Sättigungsentwicklungen gegen null. Dieser Wirkungsmechanismus des Marktes kann nur vorübergehend bei Knappheitslagen oder durch Monopole unterlaufen werden. Der Zins aber ist eine Art Monopolpreis, der auf jeden Fall erwirtschaftet werden muss und ohne dessen Bedienung es zu keiner Investition und keinem Arbeitsplatz kommt.

Der Gewinn kann also niemals die problematische Rolle der Zinsen übernehmen, auch nicht die eines dauerhaften Wachstumsantreibers.

12. „Wachstumsstillstand bedeutet Rückschritt“

Alle natürlichen und gesunden Wachstumsprozesse stabilisieren sich auf einer optimalen Höhe. Diese Regel gilt für alles Leben auf unserer Erde. Sie gilt auch für die Wirtschaft, die sich den Gesetzen der Natur nicht ungestraft entziehen kann.

Nach dem letzten Krieg war das hohe Wirtschaftswachstum in den ersten zehn bis zwanzig Jahren notwendig und sinnvoll. Nach dem weitgehenden Wiederaufbau hätte es aufgrund der einsetzenden Sättigungserscheinungen dagegen zu einem Einpendeln der Leistung auf einer optimalen Höhe kommen müssen. Eine solche natürliche Stabilisierung bedeutet jedoch weder Stagnation noch Rückschritt. Sogar der materielle Wohlstand kann unter derartigen Bedingungen noch gesteigert werden: Einmal, weil sich langlebige Güter weiterhin anhäufen; zum anderen, weil Arbeitskräfte aus den gesättigten Bereichen, in denen nur noch eine Ersatzbeschaffung erforderlich ist, für andere zusätzliche Güterproduktionen eingesetzt werden können. Zum dritten setzt sich der technische Fortschritt auch in nicht mehr wachsenden Volkswirtschaften fort und schafft damit die Möglichkeit, billigere oder bessere Güter zu erzeugen. Das heißt, auch ohne Wirtschaftswachstum ist entweder eine weitere (wenn auch langsamere) Steigerung des Wohlstandes möglich oder, bei gleich bleibendem Wohlstand, eine ständige Verringerung von Produktion und Arbeitszeit. Das allerdings nur, wenn die Zinssätze und damit die Zuwachsraten der Geldvermögen und Schulden unter den Wachstumsraten der Wirtschaft verbleiben.

Schon vor mehr als fünfzehn Jahren hat der ehemalige Wirtschaftsminister Friderichs einmal gesagt, dass es drei Arten von Arbeit gibt, nämlich sinnvolle, überflüssige und schädliche. Wenn wir unser Wirtschaftswachstum in den letzten zwei Jahrzehnten einer kritischen Prüfung unterziehen, dann kann man sagen, dass das Gros der zusätzlichen Arbeit in die beiden letztgenannten Kategorien gehört, nämlich in die des Überflüssigen und des Schädlichen. Die Zeitungen sind täglich voller Beweise.

13. „Mit einer Zinssenkung sind die Umweltprobleme nicht zu lösen“

Zweifellos hat eine Zinssenkung keinen direkten Einfluss auf die Umweltproblematik. Wohl aber verringert sich - wie hier mehrfach dargelegt - der Wachstumsdruck in der Wirtschaft und damit der Zwang zu einem immer größeren Ressourcenverbrauch, der zweifellos mit stetig steigenden Umweltbelastungen verbunden ist.

Doch auch bei einer Wirtschaft ohne Wachstum, ja sogar bei einer Wirtschaft mit rückläufigen Leistungen, wird das Problem der Rohstoff- und Energieverschwendung nicht überwunden, sondern lediglich verringert.

Neben einer konstruktiven Umlaufsicherung des Geldes sind darum direkte Maßnahmen zum Schutz der Natur unverzichtbar. Dazu gehören vor allem Ökosteuern und -abgaben, Auflagen und Verbote. Das heißt, die Umwelt muss einen Preis erhalten, sie darf nicht mehr zum Nulltarif benutzt, verbraucht und belastet werden. Und diesen Preis soll jeder Mensch in dem Maße zahlen, wie er die Natur in Anspruch nimmt.

Außer der Geldordnungskorrektur und den ökologisch orientierten Schutzsteuern beziehungsweise -abgaben ist aber auch eine Reform des Bodenrechts erforderlich, welche die Rechte an der Nutzung der Bodenressourcen mit einschließt. Diese Bodenrechtsreform muss praktisch parallel mit der Geldordnungsreform durchgeführt werden, da sich sonst die Spekulation, noch mehr als heute bereits, auf den Boden verlagern würde.

Als naturgegebenes Gut und Lebensgrundlage aller Menschen darf der unvermehrbares Boden, genau wie Licht, Luft und Wasser, kein privates Eigentum sein, mit dem von allen anderen ein Tribut erzwungen werden kann. Solche Besitzstände müssen darum schrittweise in das Eigentum der Allgemeinheit (nicht des Staates!) zurückgeführt und mit langfristigen Verträgen den Nutzern überlassen werden. Das gleiche gilt für Bodenschätze und Wasserrechte. Die Natur und ihre Ressourcen gehören der gesamten Menschheit (13).

So richtig und wichtig alle Ökosteuer- und Abgabenmodelle auch sind: Solange wir den Wachstumszwang und -wahn nicht überwinden, hat die Umwelt keine Chance zur Erholung - selbst dann nicht, wenn wir alle Leistungszuwächse in Umwelttechnologien einsetzen. Schon ein Wirtschaftswachstum von vier Prozent führt in achtzehn Jahren zu einer Verdoppelung unseres heutigen Produktions- und Verbrauchsvolumens und damit auch zu einer Verdoppelung der negativen Folgen. Erst wenn es uns gelingt, die Ursachen des Wachstumszwangs zu überwinden und krisenfreie Wirtschaftslagen ohne Wachstum möglich zu machen, können auch die übrigen Maßnahmen zur Rettung unserer Umwelt wirklich greifen.

14. Zusammenfassung:

Mit sinkenden Zinsen:

1. geht das übersteigerte Wachstum der Geldvermögen zurück und damit auch das der Überschuldung,
2. verringern sich die Diskrepanzen zwischen Arbeit und Besitz, Arm und Reich und damit auch die sozialen Spannungen,
3. werden alle Schulden trag- und rückzahlbarer, was nicht nur für die Dritte Welt von Bedeutung ist,
4. geht der Zwang zum Wirtschaftswachstum zurück, mit dem man heute allein der Verarmung der Arbeit Leistenden entgegenwirken kann,
5. wird die Entwicklung der Wirtschaft immer weniger von den Zins-Interessen des Kapitals bestimmt und immer mehr von den Interessen der leistenden und nachfragenden Menschen und Marktteilnehmer,
6. wird - und das ist ganz entscheidend - ein Wirtschaften ohne Wachstum überhaupt erst möglich. Oder anders ausgedrückt: Erst bei einem Zins um null können wir uns ein *Nullwachstum* erlauben. ■

15. Anmerkungen:

- (1) Die „magische Untergrenze“ lag beim Kapitalmarktzins in Deutschland in den ersten vier Jahrzehnten etwa bei sechs Prozent. Unter diese Grenze ist er erst in den 90er Jahren gesunken, vor allem in Folge der erfolgreicherer Inflationbekämpfung und der fortschreitenden Marktsättigungen.
- (2) „99 Prozent der Menschen sehen das Geldproblem nicht. Die Wissenschaft sieht es nicht, die Ökonomie sieht es nicht, sie erklärt es sogar als nicht existent. Solange wir aber die Geldwirtschaft nicht als Problem erkennen, ist keine wirkliche ökologische Wende möglich.“ (Hans Christoph Binswanger, „esotera“, 12/88)
- (3) Diese Relation entspricht etwa den Gegebenheiten bei den heutigen Marktmieten, die zu 60 bis 65 Prozent von der Kapitalverzinsung beherrscht werden. In den offiziellen Berechnungen der Kostenmiete für Sozialwohnungen liegt der Zinsanteil sogar bei 70 bis 80 Prozent. Die besonders hohen Mieten in den Citylagen mancher Großstädte werden vor allem von den oft horrenden Bodenpreisen bestimmt, die genauso wie die Kosten für das Bauwerk über die Miete verzinst werden müssen. In extremen Fällen können diese Kosten der Kapitalverzinsung des Bodens über denjenigen der Baukosten liegen.
- (4) Laut „forbes“ gab es im Jahr 2001 in der Bundesrepublik 31 Milliardäre mit einem Gesamtvermögen von 132 Milliarden Dollar bzw. Euro. Bei einer Verzinsung von sechs Prozent lag das Vermögenseinkommen im Jahr bei 8 Milliarden Euro und pro Tag bei 22 Millionen Euro, was ein durchschnittliches Tageseinkommen von rund 700.000 Euro für jede Milliardärsfamilie ergibt.
- (5) So sind zum Beispiel die Verschuldungen im Unternehmenssektor von 1991 bis 2001 um 120 Prozent gestiegen, während das BIP nur um 37 Prozent zunahm. Bezogen auf den Unternehmenssektor ist zum Beispiel die Wertschöpfung von 1960 bis 1989 auf das 6,8-fache und die Verschuldung auf das 11,6-fache angestiegen, während die Zinszahlungen für die Verschuldungen auf das 15,9-fache anwuchsen.
- (6) In der Niedrigzinsphase von 1985 bis 1988, in der das nominelle BSP um 15 Prozent zunahm, musste die Bundesbank die Geldmenge aufgrund der überhöhten Nachfrage nach Liquidität von 105 auf 151 Milliarden Mark ausweiten, also um 46 Milliarden Mark oder 44 Prozent! Aufgrund des Wirtschaftswachstums wäre nur eine Ausweitung um 15 Prozent oder 16 Milliarden Mark angebracht gewesen. Das heißt, in diesen drei Jahren wurde die Geldmenge um 30 Milliarden Mark zu viel vermehrt - um 30 Milliarden Mark, die nicht in den Umlauf kamen. Die von der Bundesbank immer benutzte Bezeichnung „umlaufende Geldmenge“ ist sachlich also unzutreffend. Zutreffend wäre allenfalls der Begriff „herausgegebene Geldmenge“. Erst wenn es gelingt, diese herausgegebene Geldmenge mit der umlaufenden in Übereinstimmung zu bringen, ist eine stabilitätsgerechte Steuerung der Geldmenge möglich.
- (7) Der Begriff *Kapitalflucht* hat einen dramatischen Akzent. Nüchtern betrachtet steht dahinter die Tatsache, dass Wirtschaftssubjekte eines Landes Kapitalanlagen im Ausland erwerben. Sie tauschen inländische Währung in Fremdwährungen um und erwerben damit Auslandsaktiva, z. B. in Form von Bankeinlagen, ausländischen Wertpapieren und Immobilien.
(Dieter Duwendag: Kapitalflucht aus Entwicklungsländern: Schätzprobleme und Bestimmungsfaktoren in: „Die Internationale Schuldenkrise“, Berlin 1986)
- (8) Das hat sich beim Umtausch DM/Euro deutlich gezeigt: Die DM-Geldmenge wurde bereits vor dem Umtauschtermin um fast 40 Prozent abgebaut, beginnend bereits im Sommer 2001, ohne dass dies zu einem Geldmangel auf den Märkten geführt hat.
- (9) Siehe Anmerkung 7.
- (10) Werden die Geldhorte bei steigenden Zinsen aufgelöst, kommt es zu einem nicht durch Leistung gedeckten Nachfrageschub, der eine inflationäre Preiserhöhung und einen Zinsauftrieb zur Folge hat. Auf steigende Zinsen aber reagiert die Konjunktur mit einem bis zwei Jahren Verspätung. So kann man bei langfristigen Vergleichen feststellen, dass sich alle wichtigen Wirtschaftsindikatoren wie Sozialprodukt, Beschäftigung, Arbeitslosigkeit und Investitionen zu den Zinsschwankungen gegenläufig entwickeln. Diese Wechselwirkungen werden umso deutlicher, je höher der Verschuldungsgrad einer Wirtschaft und je prägnanter die Hochzinsphase ist.
- (11) Zahlungsverkehr: „Bargeld ist nicht zu schlagen“. Handelsblatt, 27. Februar 1986
- (12) Untersuchung von Böhme/Riem an der Universität Karlsruhe
- (13) Führt man diese geleisteten Umweltabgaben für den Boden wie auch die übrigen Umweltgüter wieder pro Kopf bezogen an alle Bürger zurück, ergibt sich gewissermaßen von alleine das häufig angesprochene Grundeinkommen, dessen Finanzierung bisher jedoch kaum einmal geklärt worden ist. Mit einer solchen Abgaben-Rückführung würde sich auch der Widerstand gegen diese Umweltabgaben in der Bevölkerung abbauen. Und würde man diese Abgaben und Rückverteilungen grenzüberschreitend und schließlich weltweit praktizieren, würden sie nicht nur zum Schutz der Umwelt, sondern auch zur Verwirklichung von Gerechtigkeit und Frieden in der Welt beitragen.

Soweit nicht anders angegeben, entstammen alle Zahlen den Veröffentlichungen des Statistischen Bundesamtes beziehungsweise der Bundesbank.